

GEMEINSAMER ANTRAG von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und GRÜNE

Betr.: Kind(er)- und jugendgerechter Wohnbau*

GR. Sissi POTZINGER

11.11.2004

Räumliche Bedingungen im Wohnumfeld von Kindern und Erwachsenen haben sich verändert. Freiräume werden zunehmend weniger oder fallen ganz weg. Dies ist einerseits immer wieder Anlass für Konflikte zwischen BewohnerInnen, andererseits stellt es eine massive Einschränkung der Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen dar.

Die Ursachen für solche Konflikte sind mit Sicherheit vielfältig. In vielen Fällen sind sie bereits in der Planung der oft riesigen Wohnanlagen begründet, die auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht ausreichend eingeht, beziehungsweise auf sie schlichtweg vergisst.

Dies betrifft beispielsweise die Freiraumgestaltung für Kinder und Jugendliche. Die Spielplätze sind größtenteils nur für Kleinstkinder ansprechend, Schulkindern und Jugendlichen fehlen Aufenthaltsmöglichkeiten im nahen Wohnumfeld. Darüber hinaus sind derzeit keine Aufenthaltsräumlichkeiten für die kalte Jahreszeit vorgesehen.

Es liegt in der Verantwortung von uns Erwachsenen, unter Einbeziehung der betreffenden Kinder und Jugendlichen, die für sie notwendigen Bedingungen für ein gesundes kindgerechtes Aufwachsen zu gewährleisten.

„Die Aufgabe der Architektur: Raum und Schutz bieten für die ersten Schritte in die Gesellschaft; Kindern zu ermöglichen, ihrer Phantasie und ihrem Bewegungsdrang freien Lauf zu lassen und gleichzeitig doch Halt zu geben gegenüber den Gefahrenquellen. Die Gestaltung der Räume soll Geborgenheit und Freude vermitteln, Gemeinschaft fördern, aber auch Rückzugsmöglichkeiten bieten“ (HDA Haus der Architektur Graz im Rahmen der Wohnbautagung des Kinderbüro Graz, 2002.)

Namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP; SPÖ, KPÖ, FPÖ und GRÜNE stelle ich daher den

A n t r a g:

Die Stadt Graz fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, in Hinkunft, Kind(er)gerechtigkeit in allen, das Wohnumfeld betreffende bauliche Maßnahmen, insbesondere im Wohnbau, als verbindliches Kriterium einzuführen. Hierfür notwendige Gesetzesnovellierungen sollen unter Einbeziehung von ExpertInnen, wie dem Kinderbüro Graz, stattfinden.

* Die UN-Kinderrechtskonvention verwendet für alle Menschen von 0-18 den Begriff Kinder.

GR. Kurt HOHENSINNER

11.11.2004

A N T R A G

Betr.: Info- u. Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger,
die Interesse haben in Graz ihren Hauptwohnsitz zu melden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Je mehr Bürgerinnen und Bürger nach Graz ziehen bzw. den Hauptwohnsitz in unserer Stadt wählen, desto mehr Geld bekommen wir vom Bund, um die Infrastruktur und die Lebensqualität zu gewährleisten und auszubauen. Das ist eine oft gepriesene Formel, doch bieten wir momentan keine aktive Unterstützung beim Zuzug.

Die Wohnungsinformationsstelle der Stadt Graz bietet schon seit 20 Jahren Grazer Bürgerinnen und Bürgern Infos und Services zum Thema Wohnen. Leider wird dieses Angebot kaum bis gar nicht an Bürgerinnen und Bürger herangetragen, welche Interesse haben nach Graz zu ziehen.

Daher stelle ich namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

Die zuständige Magistratsabteilung, Amt für Wohnungsangelegenheiten, wird beauftragt, ein Informations- bzw. Serviceangebot speziell für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die Interesse haben in Graz ihren Hauptwohnsitz zu melden.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 11. November 2004

Gemeinderat: Johann Slamanig

Antrag

Betreff: Radweg Peter-Tunner-Gasse / Kalvariengürtel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das Grazer Radwegenetz weist im Bereich Peter-Tunner-Gasse bis zum Kalvariengürtel eine Lücke auf. In diesem Gebiet sind in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Wohnungen entstanden, weshalb es immer mehr Anregungen gibt, diese Lücke zu schließen. Besonders im Bereich der Eisenbahnunterführung Peter-Tunner-Gasse ist die Sicherheit für die RadfahrerInnen sehr eingeschränkt.

Namens der KPÖ-Fraktion stelle ich deshalb folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden beauftragt, die Möglichkeiten für einen Lückenschluss des Radwegenetzes im Bereich Peter-Tunner-Gasse / Kalvariengürtel zu prüfen.

**Antrag an den Gemeinderat
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 11.11.2004
von GRin Sigi Binder**

Betrifft: Kultur Graz

Die Diskussionen um die Grazer Kulturlandschaft haben dieser Tage wieder Schlagzeilen gemacht. Die Verhandlungen um eine Fusion der noch bestehenden 2003 GmbH mit der KSG des Landes Steiermark sind kläglich gescheitert und auch die Evaluierung der Freien Szene hat teilweise einschneidende Veränderungen für die Kulturschaffenden der Landeshauptstadt gebracht. Graz hat sich mit den Finanzierungen rund um die Europäische Kulturhauptstadt dafür entschieden, Kultur als Standortfaktor zu begreifen. Auch wenn einzelne Entscheidungen gefallen sind, bleiben ganz wesentliche und grundlegende Fragen für diese Stadt nach wie vor unbeantwortet: Wohin wollen wir? Was soll Graz im Jahr 2010 oder noch weiter kulturell darstellen? Wo bleibt die Vision? Wo bleibt das Positive?

Klar ist, dass eine Gesellschaft ohne die kritische Analyse und Hinterfragung ihrer selbst durch die Kunst eine fortschrittslose Gesellschaft ist. Schonungslose Grenzgänge in der Auseinandersetzung mit Veränderungsprozessen der politischen Kultur, mit Konzentrationsprozessen in der Medienwelt, mit grundlegenden ökonomischen Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Individuum und die Solidargemeinschaft, aber auch die tiefe "Beschau" eigener Existenz prägen die Gesellschaft und ihre Individuen kritisch und nachhaltig. Eine lineare Sparpolitik "entsorgt" sich dieser Unbequemen, Unangepassten, Aufrüttelnden und entledigt sich so schmerzhafter Infragestellung. Der Verteilungsschlüssel muss ein gerechter sein und über die gesamte Kulturlandschaft erstreckt werden, schonungslos und ohne Ausnahmen.

Wenn es überhaupt noch eine Nachhaltigkeit von 2003 geben kann, dann die, dass wir die Erfahrungen und Erkenntnisse, das Wissen und die entfaltenen Fähigkeiten des Kulturhauptstadtjahres nutzen und visionär und produktiv umsetzen. Die Oberliga muss das Ziel sein, um nicht zum Gespött Europas zu werden. Bedenkt man nämlich, dass vor einem Jahr noch unzählige Delegationen nach Graz pilgerten, um sich Informationen zu holen, wie es denn möglich war, derart bravourös und auf höchstem Niveau das Kulturhauptstadtjahr auszurichten, so kommen sie heute um zu lernen, was sie anders machen müssen, um ja nicht das "Graz nach 2003" zu werden.

Was bleibt zu sagen. Mit der Entscheidung, nicht in die KSG des Landes einzutreten, haben wir die einmalige Chance zu beweisen, dass wir unsere Lektion gelernt haben: Graz war Kulturhauptstadt, Graz ist Kulturstadt. Und Graz ist verpflichtet, sein Know-how und seine geographische Lage einzusetzen, um zu einem pulsierenden Zentrum der Kunst und Kultur Südosteuropas zu werden.

Zur Setzung erster Schritte in Richtung einer gerechten, bewusstseinsfördernden und breiten Kulturpolitik stelle nun ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. im Sinne einer gesamtheitlichen Verteilungsgerechtigkeit möge eine dem Institutionscharakter entsprechende Evaluierung im Kulturförderbereich hinkünftig nicht nur innerhalb der freien Theaterszene, sondern auch bei den Theatern Graz und anderen Großveranstaltungen durchgeführt werden,
2. Kulturveranstaltungen mit Eventcharakter mögen künftig aus dem Budget des Amtes für Wirtschaft und Tourismus bedeckt werden,
3. längerfristige Förderungsvereinbarungen mögen künftig eine Indexanpassung beinhalten,
4. Förderungsvereinbarungen mit mehrjährigen Verträgen sind auch für Elektronische Musik, Neue Medien, und Freies Radio etc. anzustreben.